Donnerstag, 19. October. (Abend-Ausgabe.)

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 10 000. Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Ketterhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1876.

Königlich Preußische Lotterie.

Bei der am 18. October fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 154. Königl. Preuß. Klassenlotterie fielen: Der erste Hauptgewinn von 450 000 ℳ. auf Nr. 67 234 1 Gewinn zu 30 000 ℳ. auf Nr. 6486. 1 Gewinn zu 15 000 ℳ. auf Nr. 18 928. 8 Gewinne zu 6000 ℳ. auf Nr. 8371 10 876 30 360 30 523 47 778 58 955 67 065 68 274

31 Gewinne zu 3000 ℳ. auf Nr. 4502 6045 8434 8803 16 140 17 344 18 249 22 875 23 996 26 042 35 251 36 859 39 942 47 148 58 630 62 931 65 531 68 201 69 565 72 899 74 659 76 320 79 438 79 979 80 153 80 914 82 069 86 396 90 172 90 576 94 786

58 Gewinne zu 1500 ℳ. auf Nr. 657 983 6014 6260 7440 11 827 12 089 14 526 15 005 20 039 26 034 27 971 29 119 29 121 29 973 29 975 31 299 33 393 35 134 35 173 35 815 38 404 41 052 44 013 47 547 49 140 54 080 56 156 57 975 58 628 58 6 0 59 551 60 660 64 002 67 207 67 955 69 774 70 632 72 038 72 267 72 318 74 161 75 695 76 800 77 437 78 148 81 169 82 209 82 734 82 8 7 83 125 83 528 84 506 87 952 89 798 90 189 93 977 94 539.

61 Gewinne zu 600 ℳ. auf No. 34 4023 4391 5846 7125 7710 7943 8363 8676 12 428 12 565 13 293 14 048 15 098 16 513 18 033 19 600 19 980 20 420 20 598 23 029 23 558 26 182 27 596 28 679 28 762 29 376 30 717 39 124 39 156 46 978 47 572 47 728 48 078 51 467 51 553 51 987 54 041 54 627 59 114 60 192 60 732 61 116 62 857 63 505 65 128 66 922 67 039 67 193 71 831 72 132 72 951 73 896 74 495 80 423 80 740 83 701 86 049 88 912 93 713 94 208.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Athen, 18. October. Der Ministerpräsident wird morgen der Kammer Gesetzentwürfe vorlegen, betreffend die obligatorische Militärpflicht und die Einberufung von 60 000 Mann, die Bewilligung des durch die Steuern gedeckten, außerordentlichen Credits von 50 Millionen und einer Anleihe von 10 Millionen Drachmen zum Zwecke von Waffenankäufen, Straßenbauten und Auslagen für Mittelschulen.

Petersburg, 19, October. Der „Golos“ griff gestern heftig Lord Beaconsfield an. Das der Regierung nahestehende „Journal de St. Petersbourg“ spricht heute sein Bedauern über den unziemlichen Artikel aus.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Brüssel, 18. October. Der „Nord“ constatirt eine Wendung der Lage, nachdem sich die „Times“ für den russischen Waffenstillstandsvorschlag ausgesprochen und der Türkei den Rath ertheilt habe, denselben anzunehmen. Das Blatt fügt hinzu, daß neue Schritte der Mächte in diesem Sinne in Konstantinopel zu gewärtigen seien. Uebrigens seien die Anschauungen der Mächte in dieser Frage niemals so weit auseinandergegangen, als verschiedene Zeitungen behauptet hätten. Der „Nord“ erklärt schließlich die Nachricht, Frankreich und England hätten den Vorschlag einer eventuellen gemeinsamen Flottendemonstration zurückgewiesen, für unbegründet.

Madrid, 18. October. Vorgestern überreichten hier die Vertreter Englands und Frankreichs Noten ihrer Regierungen, worin dieselben Protest erheben gegen die ihren Nationalen in Cuba bereitete Situation aus Anlaß der den Deutschen durch den Zusatz zu dem deutsch-spanischen Handelsvertrage vom 24. Juni 1863 gewährten Exemtion von der Kriegssteuer.

Scutari, 18. October. Derwisch Pascha meldet hierher, er habe am 14. d. das montenegrinische Grenzdorf Novoselo bombardirt und sich dann in sein Lager zurückgezogen.

Cattaro, 18. October. Osman Pascha kehrt heute nach Cettinje zurück.

Belgrad, 18. October. Der Regierung vom Kriegsschauplatze zugehende Nachrichten melden, daß mehrere für die Serben siegreiche Gefechte stattgefunden haben.

Danzig, 19. October.

Morgen wird in der Hand der preußischen Wähler die Entscheidung in dem großen Verleumdungsprozeß liegen, der seit langer Zeit „mit Gott und ritterlichen Waffen“, d. h. ohne scrupulös in den Mitteln zu sein, gegen Alle gerichtet ist, welche an der Schöpfung unseres neuen Deutschen Reiches, an der Umgestaltung unserer gesammten politischen Verhältnisse im Sinne unserer Zeit, mitgearbeitet haben, gegen den Fürsten Bismarck und seine Mitarbeiter in der Regierung sowohl als gegen diejenigen, welche ihre Kraft der Mitwirkung an der Reformgesetzgebung in den Parlamenten zur Verfügung gestellt haben. Der Angriff ist von langer Hand vorbereitet. Bald ist er mehr gegen diese, bald mehr jene Stelle gerichtet worden, bald wurde das Gift boshafter Verleumdung ausgespritzt, bald wurden die einzelnen Berufsklassen des Volkes gegen einander gehetzt; man appellirte an die schlechtesten Leidenschaften der Massen: man zog vor ihnen das Große in den Staub, man kitzelte ihrer Eitelkeit, man sagte ihnen, sie hätten eigentlich ein viel besseres Schicksal verdient, als es ihnen zu Theil geworden, und daß ihnen dies nicht geworden, das hätten die verschuldet, welche an der Gesetzgebung mitgearbeitet. Es wäre ein Wunder, wenn solche Mittel nicht hier und da verfangen sollten, aber wir glauben nicht, daß der Einfluß solcher Manöver auf unser Volk ein irgendwie erheblicher sein könnte. Mehr fürchten wir die Lässigkeit, die Müdigkeit, welche Viele nach den Aufregungen der letzten Lustren ergriffen hat und die in apathischer Gleichgiltigkeit das zertrümmern sehen könnte, nach dem man noch vor kurzer Zeit als dem zu Erstrebenden, aber kaum zu Erreichenden sich sehnte. Sieht man aber erst ein, um welche Güter der Kampf dieser Tage sich dreht, so wird hoffentlich auch wieder diese Gleichgiltigkeit entschlossener Mitarbeit Platz machen. Und wenn Mancher schwach geworden, in die Garne der Gegner gefallen sein sollte: wird er erst erkennen, worauf die, welche den großen Verleumdungsprozeß angestrengt haben, eigentlich hinaus wollen, so wird er vor dem zurückschrecken, was er schon im Begriffe war, durchführen zu helfen, und er wird sich schämen, die alte Fahne treulos verlassen zu haben. Doch mit der Durchführung der dunkeln Pläne hat es noch gute Weile, die Gegner hoffen selbst noch nicht, das Heft sogleich in die Hände bekommen zu können. Das Höchste, was sie erreichen zu können hoffen, ist hier und da einen schwachen Vorposten zu überrumpeln; sollte dies wirklich gelingen, so wird es voraussichtlich die gute Folge haben, die Müden und Lässigen aus dem Schlafe aufzurütteln und zu ihrer Pflicht zu mahnen, und es wird dies noch zeitig genug sein, um die Hauptpositionen zu halten, bis sie zu günstiger Stunde wieder weiter auf das ganze Feld ausgedehnt und für alle Zeiten befestigt werden können.

Noch in letzter Stunde richtet auch die „Provinzial-Correspondenz“ ihre Ermahnungen an die Wähler, indem sie zugleich die Richtung kennzeichnet, in welcher die Regierung die Wahlen zum Landtage ausfallen sehen möchte. Diese Richtung ist diejenige einer „zugleich conservativen und freisinnigen Politik“ Ueber die Bedeutung dieser Begriffe läßt sich streiten. Die Loosung: „conservativ und freisinnig zugleich“ kann die national-liberale Partei heutzutage mit gutem Gewissen auf ihre Fahne schreiben; zu vergessen ist aber nicht, daß auch die sog. Deutsch-Conservativen mit der gleichen Devise aufgetreten sind. Sehr bemerkenswerth ist übrigens, wie das Organ der Regierung im entscheidenden Augenblicke über die liberale Partei urtheilt. Es ist, so sagt die „Provinzial-Correspondenz“, „weit hinein in die liberalen Kreise durch die positiv schaffende Arbeit, an welcher sie in Gemeinschaft mit der Regierung betheiligt waren, eine Abwendung von dem früheren blos kritischen Wesen, ein positiv staatliches Interesse und ein praktisch ernster Sinn zur Geltung gelangt, welche ein weiteres ernstes Zusammenwirken mit der Regierung verbürgen.“ Dies Urtheil steht denn doch in einem sehr augenfälligen Gegensatz zu der Kritik, welche die Organe der Deutschconservativen bisher an der liberalen Partei geübt haben. Noch interessanter aber ist, wenn sich die „Prov.-Corresp.“ über die conservative Richtung wie folgt äußert: „Während bei den vorigen Wahlen in conservativen Kreisen unter dem Nachhall der Verhandlungen über die Kreisordnung noch die stärksten Bedenken gegen den begonnenen Aufbau der Selbstverwaltung zu Tage traten, ist inzwischen durch die practische Theilnahme an den neu geschaffenen Einrichtungen der Gegensatz großentheils überwunden und eine freudige Bereitwilligkeit zu lebendigem Mitwirken neu belebt worden.“ Man sieht also: die Regierung erwartet von den Conservativen loyales Mitarbeiten auf der Grundlage, welche durch die Reformgesetzgebung der letzten Jahre gewonnen ist. Wer aber die ganze Wahlagitation der Deutschconservativen und Agrarier verfolgt hat, weiß, daß dieselben grade diese Grundlage beseitigen wollen. Die Regierung selbst wird also am wenigsten den Sieg dieser Parteien wünschen können.

Nach den heutigen Nachrichten scheint die Verständigung zwischen Oesterreich und Rußland (mit Zustimmung Deutschlands) für den Fall, daß Letzteres den Krieg gegen die Pforte eröffnen sollte, noch nicht abgeschlossen zu sein. Wie die Wiener officiöse „Presse“ erfährt, ist am Montag in Wien ein Handschreiben des Czars an Franz Joseph eingetroffen. Der Ueberbringer war ein „Feldjäger“; der in Wien weilende russische General-Adjutant Taschkoff soll mit der Uebergabe des vom russischen Botschafter v. Novikoff bereits vor einigen Tagen signalisirten Schreiben betraut sein. — Der „Köln. Ztg.“ wird aus Wien telegraphirt, daß Oesterreich im Gegensatz zu Rußland einen sechsmonatlichen Waffenstillstand für annehmbar erklärt und seine Vertreter in Belgrad und Cettinje angewiesen habe, in diesem Sinne einzuwirken.

In dem Augenblick, da Oesterreich sich abgeneigt zeigt, weiter mit Rußland mitzuspielen, spielt dies auch schon andere Karten aus. Italien, das lange für innige Freundschaft mit Oesterreich schärmte, zeigt sich heute geneigt, ihm Schwierigkeiten in den österreichischen Grenzbezirken mit vorwiegend italienischer Bevölkerung zu bereiten, und man führt dies auf russischen Einfluß zurück. Das Wiener officiöse „Fremdenblatt“ warnt in seiner gestrigen Nummer Italien eindringlichst vor Agitationen gegen Oesterreich.

Die Uneinigkeit der Mächte trägt sogleich ihre übeln Folgen. In Belgrad ist der Collectivschritt zur Empfehlung des Waffenstillstandes unterblieben, weil die Consuln abweichende Instructionen erhielten. Die Uneinigkeit des Consular-Corps ist groß, auch nicht die Vertreter des Dreikaiserbundes sind einig, woraus eine ganze Komödie der Irrungen entsteht. Der russische General-Consul notificirte allein die russische Ablehnung des türkischen Vorschlags. Eine bewaffnete Intervention Rußlands in der Türkei wird in Belgrad als nahe bevorstehend betrachtet. Tschernajeff meldet, er könne die türkischen Greuel nicht mehr ruhig mit ansehen und ergreife neuerdings wieder die Offensive.

Der Pforte könnte die Uneinigkeit der Mächte wohl zu Statten kommen. Aber ihr drohen neue große Schwierigkeiten. Es scheint, als wenn Griechenland große Lust hat, in die Action einzutreten, und die obige Depesche bestätigt dies. Die Pforte sucht die Griechen jetzt vergebens zu beschwichtigen. Der „Pol. Corr.“ wird aus Athen gemeldet, daß die Pforte dort die schriftliche Zusage abgegeben habe, sie werde die Colonisirung ihrer griechischen Provinzen, namentlich die Thessaliens, durch Tscherkessen sistiren.

Auch in dem bis jetzt ziemlich ruhigen Albanien ist jetzt ein Aufstand ausgebrochen, wenn derselbe auch noch keine großen Dimensionen angenommen hat. Die Bauern mehrerer Dörfer erheben sich. Aus Larissa und Janina wurden drei türkische Bataillone gegen sie gesandt, sie wurden von diesen aber nicht gefunden. Die Türken sagen, die Bauern seien auseinandergelaufen, in griechischen Kreisen glaubt man aber, die Revoltanten sein in die Gebirge gezogen, um dem Kampf mit dem regelmäßigen Militär auszuweichen. Die türkischen Behörden sind jetzt in Albanien viel vorsichtiger geworden. Die halbwegs verdächtigen Orte wurden mit starken Abtheilungen Nizams besetzt. Die halbverfallenen Ringmauern, mit denen die kleineren wie größeren Städte versehen sind, werden ausgebessert. Ueberdies verlangte der Vali eine Brigade regulärer Truppen aus Konstantinopel, deren Ausschiffung in Arta entgegengesehen wird.

Den kaum zweideutigen rumänischen Rüstungen gegenüber trifft die Pforte auch im bulgarischen Donau-Vilajet militärische Vorbereitungen. Die exponirten Punkte werden in Vertheidigungszustand gesetzt, Schanzen erbaut und mit schwerem Geschütz armirt. Viel schwieriger ist die Schaffung der nöthigen Wehrkräfte für die Donaulinie, da die irgend verfügbaren Truppen bereits gegen die Serben und Montenegriner verwandt werden. Die unbequemen Tscherkessen will man an die kaukasische Grenze schaffen und dafür Kurden von dort kommen lassen, weil diese sich noch eher im Zaume halten lassen sollen. Aber auch die räuberischen Kurden sind wegen ihrer Wildheit bekannt.

Hinter den Griechen, wie hinter den Rumänen und Albanesen vermuthet man die Russen. In Livadia faßt man jetzt schwerwiegende Beschlüsse, zu welchem Zweck der Kaiser auch den Großfürsten-Thronfolger nach der Krim hat kommen lassen.

Aus London wird telegraphirt: Das von Wien aus verbreitete Gerücht, wonach England der Pforte bereits militärische Unterstützung zugesichert habe, wird von informirten Personen als unrichtig bezeichnet. Das englische Gouvernement steht noch immer in diplomatischen Verhandlungen, die zu einer Widersacherschaft gegen die bisher gemeinschaftlich mit ihm handelnden Mächte nicht berechtigen“.

Deutschland.

△ Berlin, 18. Oct. Wir haben bereits mitgetheilt, daß die bei dem Bundesrath eingelaufenen Petitionen wegen Verlängerung der Eisenzölle über den 1. Januar 1877 hinaus dem Ausschuß für Zoll- und Steuerwesen überwiesen sind. Der letztere hat eines seiner Mitglieder mit einem Referat betraut und wird an der Hand desselben sobald es vorliegt, die Berathung darüber beginnen. Bis jetzt ist der Antrag, den Petitionen gemäß die Aufhebung des beschlossenen Gesetzes herbeizuführen von irgend einer Regierung noch nicht gestellt worden. Nach den von verschiedenen Seiten gemachten Wahrnehmungen scheint auch der Finanzminister Camphausen nicht geneigt, auf eine Verlängerung der Eisenzölle einzugehen. Vielleicht vergegenwärtigt man sich, daß die Majorität des jetzigen Reichstages entschieden nicht die Hand dazu bieten wird, den früheren Beschluß rückgängig zu machen. — Die, morgen beginnenden Berathungen des Justizausschusses des Bundesrathes über die Justizgesetze werden, wie wir heute mit Bestimmtheit hören, mehrere Tage in Anspruch nehmen, die bundesstaatlichen Justizminister werden übrigens auch den Berathungen des Reichstages über die Justizgesetze beiwohnen. — Es ist der ausgesprochene Wunsch mehrerer Regierungen, das Patentgesetz, wenn irgend möglich, in der bevorstehenden Session noch zum Abschluß zu bringen. Ueber die Grundlage des Gesetzes, wie sie sich nach den Berathungen der Enquete-Commission darbietet, ist unter den Regierungen Einverständniß bereits erzielt; über die Ausführungsbestimmungen sollen hier in den nächsten Tagen Berathungen beginnen.

— Graf Harry Arnim hat, wie die „N. Stett. Ztg.“ hört, seine Herrschaft Nassenheide, somit wohl sein letztes größeres in Preußen belegenes Besitzthum, an seinen Sohn, Freiherrn von Arnim Schlagenthin, veräußert. Als Kaufpreis wird die Summe von 2 400 000 Mark genannt, die Auflassung selbst ist am Tage vor Arnim's Verurtheilung hierselbst erfolgt; sie ist übrigens verzögert worden, da der Grundbuchrichter die zuerst vom Güterdirector des Grafen producirte Vollmacht beanstandete und erst eine andere Vollmacht beigebracht werden mußte.

— Sr. Maj. Schiff „Vineta“ ist am 7. Aug. in Tschifu eingetroffen. — Sr. Maj. Schiff „Ariadne“ ist, telegraphischer Meldung zufolge, am 18. d. von Plymouth nach Wilhelmshaven in See gegangen.

— Die Begutachtungen, welche von städtischen Behörden und Körperschaften über den Communalsteuer-Entwurf abgegeben worden sind, haben weit mehr Verbesserungswünsche als Zustimmungen eingebracht. Wie man hört, wird mit Benutzung dieses reichhaltigen Materials der Gesetzentwurf einer vollständigen Umarbeitung unterzogen werden.

Glogau, 18. Oct. Nach einer Meldung des „Niederschlesischen Anzeigers“ trifft der Kaiser am 8. k. Mts. Nachmittags 4 Uhr zu einem Besuch der Herzoglich Sagan'schen Herrschaften in Sagan ein und reist am 9. Mittags 12 Uhr nach Oberschlesien weiter. (W. T.)

Italien.

Rom, 14. October. Pius IX. hat beschlossen, seine berühmt gewordene Gefangenschaft wenigstens halb aufzugeben. Uebermorgen, Montag, den 16. d. M., wird er zum ersten Male seit 1870 St. Peter wieder betreten. Die Zahl der spanischen Pilger, welche zu neun Zehnteln Priester sind, ist so groß, daß keiner der geräumigen Säle im Vatican hinreicht, dieselben auf einmal zu empfangen. Man hat deshalb den Seitenflügel von St. Peter, welcher dem Concil zum Sitz diente und noch immer zugemauert ist, zu der großen Audienz ausersehen. Der Empfang soll mit dem Pomp stattfinden, wie vor dem Einzug der Italiener. Niemand soll eingelassen werden ohne Karte, mit Ausnahme der Spanier, auch ist, wie man mir versicherte, die übliche Toilette vorgeschrieben. Den St. Petersplatz wird der Papst jedoch nicht betreten, sondern den Vatican durch die neuere Verbindungsthür verlassen. Ist Pius IX. im Stande, den Weg vom Throne im Concilssaale bis unter die Kuppel in St. Peter zu Fuß zurückzulegen, so wird er sogar selbst am Hochaltar celebriren. Die Regierung hat angesichts der großen Anzahl von Pilgern, welche die Ziffer von 5000 bereits überstiegen haben soll, die umfassendsten Maßregeln getroffen, damit von keiner Seite die Ruhe gestört wird. Die Pilger, welche außer den Priestern fast sämmtlich dem niedern Stande angehören, betragen sich ruhig und anständig. Niemand hat sie bisher behelligt, obgleich namentlich der Corso den ganzen Tag hindurch von den schwarzen Herren wimmelt. Die meisten tragen ein silbernes Madonnenbild am blauen Blande, wie ein Ordenszeichen auf der Brust. Am ersten Tage stimmten sie im Eisenbahnzuge bei ihrer Ankunft einen gemeinschaftlichen Mariengesang an, das hat jedoch sofort aufgehört. Es ist zu erwarten und zu wünschen, daß auch die Ceremonie am Montag, auf die man sehr gespannt ist, ohne Unfug vorübergeht. Weder die Bevölkerung noch die Regierung sind geneigt, öffentliche Provocationen zu dulden, deren sich die Pilger, trotz ihrer großen Masse, bis jetzt in den Tagen ihres hiesigen Verweilens auch nicht schuldig gemacht haben. — Aus Salerno treffen bedenkliche Nachrichten über das Wiedererwachen des Brigantaggio ein.

England.

Manchester, 17. October. In einem von den Baumwoll-Industriellen von Nord- und Nordost-Lancashire abgehaltenen Meeting wurde beschlossen, die von den Baumwollarbeitern gemachten Vorschläge zurückzuweisen und die Fabriken am 24. d. Mts. zu schließen. Durch die Ausführung dieses Beschlusses würden gegen 80 000 Arbeiter brodlos werden.

Rußland.

Moskau, 17. October. Prozeß Strousberg. In der heutigen Schwurgerichtssitzung deponirten Loschetschnikoff, Landau und Potjanski sehr ausführlich über die Abrechnung von 1873 und bestätigten, daß Effecten auf das Conto der Correspondenten übertragen worden seien.

Türkei.

Konstantinopel, 18. Oct. Hier sind über die Zugänge russischer Freiwilliger nach Serbien aus Widdin Nachrichten eingetroffen, wonach in der letzten Woche circa 250 Russen über Terno Severin nach Serbien gegangen sind. Andere circa 240 Russen sind ebenfalls dort angekommen, um sich an Bord des Dampfers „Deligrad“ nach Belgrad zu begeben. (W. T.)

Cettinje, 18. Oct. Nachträglich ist constatirt worden, daß in dem letzten Kampfe bei Maljat nicht nur Djelladeddin Pascha, sondern auch Abdi Pascha gefallen ist. (W. T.)

Aus Zara vom 17. October wird gemeldet: Die Insurgenten aus den Districten Liubinje und Newesinje haben sich von Montenegro losgesagt und sind in ihre Heimath zurückgekehrt. Der Generalgouverneur der Herzegowinn hat angeordnet, daß den Insurgenten aus dem Poperobezirke die Rückkehr dahin nach Möglichkeit erleichtert werde. — Die Stärke der in der Herzegowina stehenden türkischen Truppen hat jetzt die Ziffer von 36 800 Mann erreicht.

Griechenland.

Athen, 18. October. In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der Candidat der ministeriellen Partei, Zaimis, mit 75 von 129 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. — In den Provinzen finden noch fortwährend Versammlungen zu Gunsten der christlichen Bevölkerung in der Türkei statt. (W. T.)

Amerika.

Washington, 17. Octbr. Präsident Grant hat nach einem in vergangener Nacht abgehaltenen Ministerrathe aus Anlaß der im Süden vorgekommenen Ruhestörungen eine Proclamation erlassen, worin die Schützenclubs von Südcarolina angewiesen werden, binnen 3 Tagen auseinanderzugehen. Alle guten Bürger werden aufgefordert, zur Erhaltung des Ansehens der Gesetze und des öffentlichen Friedens mitzuwirken. (W. T.)

— 18. Oct. Der Kriegsminister hat die Commandanten der zur Militärdivision des Atlantischen Oceans gehörigen Truppen angewiesen, sich mit dem General Ruger in Südcarolina in Verbindung zu setzen, um der wegen der Ruhestörungen im Süden erlassenen Proclamation des Präsidenten Grant durch Anwendung von Waffengewalt die nöthige Unterstützung zu geben. Die einzelnen Bundesstaaten sollen nach Bedürfniß durch Aufgebot von Milizen die militärischen Kräfte vervollständigen. (W. T.)

Danzig, 19. October.

An unsere Parteigenossen und Freunde im Stadt- und Landkreise richten wir die Bitte, uns unmittelbar nach Beendigung der Urwahlen am 20. d. M. die Namen und die Parteistellung der gewählten Wahlmänner mittheilen zu wollen. Unsere geehrten Herren Mitarbeiter und Freunde in der Provinz ersuchen wir um gleiche Mittheilungen aus ihren Wahlkreisen bezw. Orten, wobei uns besonders solche Mittheilungen von Werth sind, aus denen sich eine Uebersicht über die Wahl-Erfolge der einzelnen Parteien gewinnen läßt.

* [Auszug aus dem Protokoll der 105. Sitzung des Vorsteheramts der Kaufmannschaft vom 14. October.] Anwesend die Herren: Goldschmidt, Albrecht, Damme, Bischoff, Petschow, Steffens, Töplitz, Siedler, Biber, Mix und Ehlers. Es wurde beschlossen, an das Reichs-Eisenbahnamt, bezw. den Herrn Handelsminister den Antrag zu richten, für sämmtliche Bahnverwaltungen die Publikation von Tarif-Aenderungen durch die vom Reichs-Anzeiger herausgegebene besondere Beilage des Tarif- rc. Anzeigers obligatorisch zu machen, — diesen Antrag auch den andern deutschen Handels-Vorständen unter dem Ersuchen mitzutheilen, sich demselben anschließen zu wollen. — Von Herrn S. Chaskel hierselbst sind im Auftrage verschiedener Stromschiffer Anträge auf Aenderungen der Usancen hinsichtlich der Lade- und Löschzeit für Stromfahrzeuge, sowie auf Erhöhung der Liegegelder gestellt worden. Ueber dieselben liegt eine Verhandlung der beiden Fachcommissionen für den Waarenhandel und das Speditionsgeschäft vor. In Uebereinstimmung mit den von den Mitgliedern der Fachcommissionen, resp. deren Majorität abgegebenen Erklärungen wurde beschlossen: a. daß ein Bedürfniß von der hier bisher ortsüblichen achttägigen Lade- und Löschzeit für Stromfahrzeuge abzugehen, nicht anerkannt werden könne; b. daß im Besonderen auf den Antrag, in die Ladezeit schon den Tag des Frachtabschlusses einzurechnen, nicht einzugehen sei; es vielmehr bei dem bisherigen Ortsgebrauch bewenden müsse, wonach die Ladezeit — sofern ein Anderes nicht vereinbart ist — erst am nächstfolgenden Werktage nach demjenigen Tage beginnt, an welchem der betreffende Kahn am Orte der Beladung laderecht gestellt wird; c. daß ebensowenig der Antrag angenommen werden könne, die Löschzeit von der Stunde an zu rechnen, in welcher der Schiffer sich meldet, bezw., wenn dies an einem Sonn- oder Festtage geschieht, von 8 Uhr Morgens des nächsten Werktages, — vielmehr auch in dieser Hinsicht an dem bisherigen Ortsgebrauch festzuhalten sei, wonach die Löschzeit am nächsten Werktage nach demjenigen Tage beginnt, an welchem sich der Stromschiffer löschbereit gemeldet hat; d. daß endlich ein Bedürfniß, auf den Antrag: „zwischen den Parteien sollen, wie bei den Seeschiffern üblich, auch den Stromschiffern Gegenschlußscheine gegeben werden", einzugehen, nicht vorliege; e. was dagegen die beantragte Erhöhung der ortsüblichen Liegegelder betrifft, so soll den Betheiligten vorgeschlagen werden, auf dieselbe, wenn auch nicht in dem beantragten Umfange, so doch insoweit einzugehen, als das Ueberliegegeld für Stromfahrzeuge

bis einschließl.	10	Lasten v. Mk.	4,50	auf Mk.	6
" "	20	" " "	6	" "	8
" "	30	" " "	7,50	" "	10
" "	40	" " "	9	" "	11,50
" "	50	" " "	10,50	" "	13
und über	50	" " "	12	" "	15

erhöht werden.

Vom Herrn Handelsminister ist ein Bericht des Vorsteher-Amtes darüber gefordert, wie weit und unter welchen Voraussetzungen aus dem diesseitigen Bezirke auf eine derartige Betheiligung an der 1878 in Paris stattfindenden Internationalen Ausstellung werde gerechnet werden können, daß dieselbe an ihrem Theil eine würdige Vertretung Deutschlands erwarten lasse. Dem Herrn Minister ist zu erwidern, daß die industrielle Entwicklung der diesseitigen Industrie überhaupt nicht von einer Art und einem Umfange sei, daß dieselbe auf einer Weltausstellung wesentlich in's Gewicht fallen könne. Zugleich soll noch an die bedeutenderen hiesigen Aussteller auf der Wiener Weltausstellung 1873 die Anfrage gerichtet werden, ob und in welcher Weise sie die Pariser Ausstellung beschicken würden. — Die Mängel der deutschen Ausfuhrstatistik haben bei dem Kaiserlichen Statistischen Amte die Absicht angeregt, nicht nur die Verkehrs-Anstalten in ausgiebigerer Weise als bisher zur Mitwirkung heranzuziehen, sondern auch dem Handelsstande, ähnlich wie dies u. a. in Frankreich und England der Fall ist, Verpflichtungen hinsichtlich der Declaration der auszuführenden Waaren nach Gattung, Quantitität und Werth aufzuerlegen. Um die Stimmung des Handels- und Gewerbestandes und dessen Bereitwilligkeit zur Uebernahme solcher Verpflichtungen kennen zu lernen, ist zunächst von den Handelskammern Bericht erfordert. Das Vorsteher-Amt, obwohl es die Vortheile einer guten Handels- und Verkehrs-Statistik nicht verkennt, hat dennoch gegen die Vorschläge des statistischen Amtes sehr erhebliche Bedenken hinsichtlich der Belastung des Ausfuhrverkehrs durch neue, und zwar sehr weitgehende Controlemaßregeln. Es wird sich indeß eine definitive Aeußerung noch vorbehalten, um sich zuvörderst über die in Frankreich, England und den Niederlanden, so wie auch in Bremen und Hamburg in dieser Hinsicht bestehenden Einrichtungen genauer zu informiren. — Von dem bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages ist eine gutachtliche Aeußerung erfordert über die vom deutschen Reiche einzuschlagende Eisenbahnpolitik, im Besonderen über das Project der Erwerbung der deutschen Eisenbahnen durch das Reich. Nach einem ausführlichen Referate des Secretärs wurde beschlossen, den diesseitigen Bericht dahin zu formuliren, daß das Vorsteher-Amt wegen der zahlreichen und sehr gewichtigen sowohl politischen als wirthschaftlichen Bedenken, welche seiner Ansicht nach dem Reichseisenbahnprojecte entgegenstehen, dieses Project seinerseits nicht für den richtigen Weg zur Reform des deutschen Eisenbahnwesens halten könne, — so lange jene Bedenken nicht gehoben seien. Dazu gehöre aber zum Mindesten eine bestimmt formulirte Gesetzesvorlage und eine vollständige Klarlegung derjenigen Grundsätze, welche für die Verwaltung eines einheitlichen Reichseisenbahnsystems maßgebend sein sollen, ein genaues und ausführliches Programm über die Form der Verwaltung, die Handhabung des Betriebes und die Ausübung des eigentlichen Transportgeschäftes, ganz besonders auch über die beabsichtigte Tarifpolitik. Wenn das Vorsteher-Amt sich gegenwärtig nur gegen das Reichseisenbahnproject würde aussprechen können, so halte dasselbe es jedoch für rathsamer, wenn der deutsche Handelstag mit seinem Urtheile noch zurückhalte, bis das Project in fester Gestalt vorliege. Durch den Beschluß des preußischen Landtages, betreffend die Ermächtigung zur Abtretung der preußischen Staatsbahnen an das Reich, sei der Reichskanzler in die Lage gesetzt, dem Bundesrathe und dem Reichstage eine formulirte Vorlage und ein genaues Programm über die vom Reiche einzuschlagende Eisenbahnpolitik zu unterbreiten.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.
Goldschmidt.

---

* Die morgenden Urwahlen beginnen, wie wir unsern Lesern und Parteigenossen in Erinnerung bringen, in allen Wahllokalen um 9 Uhr Morgens. Nach Verlesung der Bestimmungen des Wahl-Reglements wählt zuerst die dritte Abtheilung. Nach Abschluß dieses Wahlganges muß, falls nicht engere Wahl erforderlich ist, die Abtheilung abtreten und es wählen dann nach einander in derselben Weise die zweite und die erste Abtheilung. Es werden daher insbesondere die Wähler der dritten Abtheilung gut daran thun, pünktlich zu erscheinen und die Wahllokale nicht eher zu verlassen, bis der Wahlact für ihre Abtheilung beendet oder das Resultat wenigstens gesichert ist. Auch die Wähler der zweiten und ersten Abtheilung werden mit ihrem Erscheinen nicht lange über die Anfangsstunde hinaus säumen dürfen, da die Wahl der dritten Abtheilung meistens in kaum einer Stunde beendet ist. — Bei dieser Gelegenheit bemerken wir auf Grund des Wahlvereins-Vorstandes noch, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß durch ein Versehen bei den Wahlmänner-Vorschlagszetteln der liberalen Partei im 33. Urwahlbezirk bei den empfehlenden Unterschriften sich auch die des Hrn. Brotzki befindet. Es ist dieser Name mit dem des Hrn. Buchhalter Olschewski verwechselt worden.

* In einer am 20. September in Marienburg abgehaltenen Wählerversammlung war seitens des Vorsitzenden derselben, Hrn. Kaufmann Regier, behauptet worden, daß in dem dortigen Kreise agrarische Flugblätter als Beilagen der Danziger Zeitung verbreitet worden seien. Diese Angelegenheit wurde von uns in den Nummern 9954, 9959 und 9960 d. Z. besprochen, und wir knüpften daran an diejenigen unserer Abonnenten, die in unserer Zeitung agrarische Flugblätter erhalten, die Aufforderung, sich und die betr. Postanstalt, durch welche sie die Zeitung beziehen, uns zu nennen, damit wir eine Untersuchung beantragen könnten. Diese Aufforderung hat keinen Erfolg gehabt, dagegen hat das kaiserl. General-Postamt selbst — wie wir aus einem uns zugehenden Schreiben der hiesigen kaiserl. Ober-Postdirection ersehen — eine amtliche Feststellung angeordnet, „durch welche sich die in der Urwählerversammlung zu Marienburg gemachten Angaben als unbegründet erwiesen haben. Wie nämlich der Vorsitzende der Versammlung dem diesseitigen mit der Untersuchung beauftragten Beamten gegenüber eingeräumt hat, sind dem betreffenden Abonnenten der Danziger Zeitung die genannten Flugblätter nicht als Beilagen zu dem von ihm durch die Post bezogenen Exemplare dieser Zeitung sondern unter Streifband als besondere Postsendung zugegangen."

— Aus Anlaß eines Specialfalles hat der Minister des Innern entschieden, daß Alle die früher in Concurs gewesen, deren Concurs aber rechtlich beendet ist, in die Wahllisten eingetragen werden müssen. Die Beendigung setzt den gerichtlich bestätigten Accord voraus.

* Die liberale Urwähler-Versammlung, welche der Vorstand des liberalen Wahl-Vereins zu gestern Abend berufen hatte, war — wie wir zu unserer Freude berichten können — so stark besucht, daß der große Schützenhaussaal kein leeres Plätzchen mehr aufwies. Da als erster Gegenstand die Berichterstattung durch unsere bisherigen Abgeordneten auf der Tagesordnung stand, ertheilte der Vorsitzende, Herr Commerzienrath Bischoff, sofort nach Eröffnung der Versammlung Herrn Rickert das Wort zu seinem Vortrage. Es gereiche ihm zur Freude — so begann Redner — daß ihm Gelegenheit geboten werde, mit seinen Wählern die Gedanken in freier Besprechung auszutauschen, welche uns gemeinsam für die Zukunft bewegen. Wiederholt sei es ihm vergönnt gewesen, über die großen Reformen auf dem Gebiet der Selbstverwaltung, welche die Geschichte der letzten Jahre zu verzeichnen habe, hier öffentlich zu sprechen, er werde diesmal darauf nicht ausführlicher einzugehen brauchen, erkläre aber, daß er auch ferner in demselben Sinne wie bisher an dieser reformatorischen Aufgabe der Gesetzgebung mitwirken wolle, falls man ihm auf's Neue ein Mandat übertrage. Die Wahlzeiten seien gewissermaßen symbolische Tage, an denen man eine Rund- und Ueberschau halte über die Arbeiten und Bestrebungen, welche die Nation zu ihrer politischen Entwickelung in den letzten Jahren verrichtet bezw. gehegt habe. Zu einer solchen Rund- und Ueberschau habe man jetzt aber auch eine besonders dringende Veranlassung, denn es gelte, die Kräfte der liberalen Parteien zu sammeln und zu stärken, sie geschlossen ins Feld zu führen gegen die mancherlei rückläufigen Bewegungen, die sich immer lauter geltend zu machen suchten. Es sei ja kein Zweifel darüber, daß gerade die Jetztzeit an großen wirthschaftlichen Gebrechen leide, daß alle Klassen den Druck der allgemeinen Geschäfts- und Arbeitslosigkeit fühlen. Es sei aber eine Thorheit und Kurzsichtigkeit, diese auf allen Klassen der Bevölkerung lastende Krisis der liberalen Gesetzgebung zuzuschreiben, wie solches jenes eigenthümliche Gemisch von Agrarpolitikern, Junkern, Ultramontanen und scheinbar geschädigten Interessenten thue. Der mangelnde Einfluß auf die Gesetzgebung sei es, der diesen bunten Chorus bestimme, seine Hetzereien, die man als eiteln Humbug und Wind bezeichnen müsse, ins Volk zu schleudern, um den Klassenkampf zu provociren und nicht denkende Leute in das Garn der Reaction zu locken. Viele Gesetze brächten natürlich auch viel Arbeit und da sei es kein Wunder, wenn der Eine mit diesem, der Andere mit jenem speciellen Stück Arbeit nicht ganz zufrieden sei, wenn bei Manchem Kraft und Neigung erlahme und ihn die Weiterarbeit etwas zurückschrecke und daß, wenn man von all dem die Summe ziehe, sich ein relativ großes Quantum von Unzufriedenheit ergebe. Das Zusammendrängen so großartiger Reformen in wenige Jahre bringe solche Erscheinungen ganz selbstverständlich mit sich und es concentrire sich nun alles Unbehagen an dem Einzelnen in der Unlust, an diesen Aufgaben fortzuarbeiten. Den gekennzeichneten Rückschrittsparteien stehe jedoch am wenigsten ein Verdammungsurtheil gegen die „liberale Gesetzgebung" zu. Wer trage die Schuld an dieser politischen Arbeitsüberbürdung? Grade sie, die Träger der Reaction der 1850er Jahre, jener Reaction, welche Decennien lang die Erfüllung gerechtfertigter Wünsche des Volkes verhindert habe, welche Jahrzehnte lang mit größter Starrheit dem Kampfe des Volkes um seine verfassungsmäßigen Rechte widerstanden. Sei es unter solchen Verhältnissen ein Wunder, daß mit dem Augenblicke, wo Preußen zur Führung Deutschlands berufen wurde, wo es den andern Staaten auch in seiner inneren Entwickelung mit gutem Beispiel voranzugehen genöthigt wurde, jenes Reactionsgebäude sich als nicht mehr haltbar erwies? sei es ein Wunder, daß mit diesem Augenblick die Gesetzgebung in Preußen den Schritt nahm, welcher erforderlich war, um die Basis einer gesunden Gesetzgebung für Deutschland zu schaffen? Große Zeiten stellen große Anforderungen, und Gott sei Dank, habe das preußische Volk die Kraft, diesen Anforderungen zu genügen. Ein Stillstand oder ein Rückwärtsgehen sei hier einfach unmöglich. Redner will nicht bestreiten, daß den neueren Gesetzen manche Mängel anhafteten, zu welchen vielleicht das schnelle Zustandebringen derselben mit beigetragen hätte, allein es mußte schnell geschaffen werden, weil nur in dieser Weise überhaupt die Fortarbeit des Volkes auf jenen Gebieten durchzuführen war. — Was nun die Stellung der liberalen Partei zu jenen Gesetzen anbelange, so könne er versichern, daß sich die liberale Partei nicht scheue, für ihre Wirksamkeit einzustehen. Die liberale Partei könne aber eine Verantwortlichkeit für alle jene bemängelten Gesetze nicht übernehmen; schon deshalb nicht, weil sie nicht die regierende sei, weil sie nicht einmal in einer festen und sicheren Majorität sich immer befunden habe. Ihr gegenüber stehe eine conservative Regierung und ein noch conservativeres Herrenhaus, mit denen sie pactiren müsse. Sie also für die Gesetzgebung verantwortlich machen, bedeute so viel, als diese Thatsachen gänzlich verkennen und ableugnen. Die liberale Partei brauche sich indessen ihrer Arbeit auch nicht zu schämen, da die letztere auf die Gesetzgebung von segensreichem Einflusse gewesen sei; sie habe selbstlos auch eine conservative Regierung unterstützt, wo sie diese auf guten Wegen fand. Könne und wolle also die liberale Partei die volle Verantwortung für die liberalen Gesetze der letzten Legislaturperioden nicht übernehmen, so glaube Redner doch dreist behaupten zu dürfen: daß diese Gesetze dem preußischen Volke und der ganzen Nation zur Ehre gereichten. Wenn man freilich die heutigen Vertreter der Reaction hört, dann müsse man glauben, das Volk sei noch nicht reif für jene großen Reformen, um welche über ein halbes Jahrhundert gekämpft worden, zu denen schon ein Stein, Schön und Hardenberg den Grund gelegt haben. Auf diese Zumuthung werde das preußische Volk bei den bevorstehenden Wahlen die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. Berufen hierzu sei die gesammte, liberal denkende Wählerschaft in erster Linie, denn mit gesetzgebenden Körperschaften allein würden wir niemals zu freiheitlichen Verfassungszuständen gelangen. Redner wolle in dieser Beziehung an einen in den Reisebriefen des alten Vincke über England enthaltenen Ausspruch desselben erinnern, der dahin lautet: daß die Freiheit eines Volkes nicht nach dem Grade der in seiner Gesetzgebung enthaltenen Freiheit, sondern nach dem Grade der Theilnahme desselben an seiner Verwaltung sich bemißt. Ein Fehler für unsere politische Entwickelung war es, daß während der Conflictszeit die ganze Aufmerksamkeit auf die Spitze unseres politischen Baues sich richtete daß der Kampf um die Rechte des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften sich fast allein zuspitzte, während die wahre Freiheit eines Volkes auf seiner Theilnahme an allen Verwaltungszweigen beruhe. Die damalige Schwärmerei für Freiheit gelte heute nicht mehr; an die Stelle der Freiheitsphrase sei die mühsame Freiheitsarbeit getreten, bei der nur derjenige zu bestehen vermöge, welcher in der Ausführung seiner Freiheits-Ideale sich bewähre, welcher für die, seinen früheren Worten entsprechenden Thaten Kraft und Opfer einzusetzen bereit sei. Einer solchen materiellen Förderung der Volksfreiheit dienen vorwiegend jene viel geschmähten Gesetze der letzten Legislaturperioden. Der erste, in dieser Beziehung mit der Kreisordnung gemachte großartige Versuch sei geglückt, aber schon dieser erste Versuch brachte eine bezeichnende Probe für einzelne Klassen der Bevölkerung. Viele Rittergutsbesitzer, die ihre Virilstimmen und damit einen Theil ihres privilegirten Einflusses verloren, der sich lediglich an den Landbesitz knüpfte, gingen in Folge dessen zur Reaction über; sie waren eben nur so lange liberal, als der Liberalismus von ihnen kein Opfer erforderte, als sie denselben durch hohle Redensarten bethätigen konnten. Ihre Special-Interessen gingen ihnen über die in schönen Worten auch von ihnen gefeierte Freiheit des Volkes. Die liberale Wählerschaft werde sich dadurch nicht irre machen lassen; die liberalen Parteien fühlten ja gerade in diesem Moment mehr als je die Verpflichtung, ihre kleinen häuslichen Differenzen bei Seite zu lassen und gemeinsam Front zu machen gegen die gefahrdrohende rückläufige Bewegung, wie sie durch das eigenthümliche Gebräu von Reaction und Interessenpolitik auf gegnerischer Seite so eifrig angestrebt werde. In der Conflictszeit waren alle liberalen Schattirungen einig in der Negative; aus jenem Verhältniß sei man in die Zeit positiven Schaffens übergetreten; dieselbe Einigkeit zeige sich jetzt in dem Wunsche, daß die liberale Gesetzgebung nach dieser Richtung hin fortschreite. — Zur eigentlichen Berichterstattung über die letztjährige Thätigkeit des Abgeordnetenhauses übergehend, bespricht der Hr Redner zunächst die vor etwa einem Jahre von verschiedenen Seiten unternommenen planmäßigen Angriffe gegen den Finanzminister Camphausen. Die liberale Seite des Abgeordnetenhauses hielt es für ihre Pflicht, den Minister gegen diese, von der gesammten Reaction ausgegangenen Angriffe zu schützen; so sei dem Minister die glänzende Genugthuung geworden, seine Finanzverwaltung von der gesammten liberalen Partei anerkannt zu sehen. Redner wirft nun einen Rückblick auf die Finanz-Verwaltung der letzten 6 Jahre und erklärt es für ein unbestrittenes Verdienst Camphausens, Klarheit, Durchsichtigkeit, Uebersichtlichkeit in das Gewebe der Finanzpolitik gebracht und dadurch die Wahrung des constitutionellen Budget- und Controlrechts ungemein erleichtert zu haben. Die Staatsschuld sei um 360 Mill. Mark herabgemindert, die jährliche laufende Ausgabe der Staatsschulden-Verwaltung dadurch um 25 Mill. ermäßigt worden. Die Ausgaben für alle Cultur- und Wohlfahrts-Interessen konnten um recht bedeutende Summen erhöht, die Ausgaben des Cultus-Etats für die Elementarschule beispielsweise von 4 auf 18 Mill. gebracht werden. Für Handel und Verkehr wies der Etat von 1875 ein Mehr von 11 Mill. auf, ähnlich wurde die Landwirthschaft bedacht, und neben diesen Aufwendungen im Ordinario des Etats ging noch ein Extraordinarium von 86 Mill. für alle Zweige der Wohlfahrtspolitik. Dürfe man dem Finanzminister einen Vorwurf machen, so sei es nur der, daß er im Punkt der Steuerreform zu vorsichtig, zu langsam vorgehe. Er (Redner) bekenne sich zu der Auffassung, daß die beste Finanzpolitik diejenige sei, welche das Geld so lange in den Taschen der Steuerzahler lasse, bis der Staat es nothwendig gebraucht. Zu den Eisenbahn-Vorlagen übergehend, betont der Redner zunächst, daß zu den sämmtlichen Aufwendungen des Staates nur 57% durch Steuern aufkommen und 43% durch Betriebs-Einnahmen des Staats ihre Deckung erhalten; in einem Augenblicke, in welchem man daran denke, das gesammte Eisenbahnwesen einer Umgestaltung zu unterziehen, sei aus diesem Grunde gewiß die größte Sparsamkeit gerechtfertigt, denn jeder Groschen Zuschuß fließe aus den Taschen der Steuerzahler. Dessenungeachtet sei bisher auch mit den Ausgaben für das Eisenbahnwesen nicht gekargt, allein für den Bau von Eisenbahnen sei eine Summe von 600 Mill. Mark, für die Erhöhung der Betriebsfähigkeit ebenfalls eine Summe von mehreren hundert Millionen ausgewendet worden. Hiernach müsse man einräumen, daß in letzter Zeit nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch auf dem Gebiete der Finanzreform tüchtige Fortschritte gemacht seien. Gerade dieser constitutionelle Fortschritt aber sei es, der die Gegner aus den Lagern der Reaction nicht ruhen läßt. Bei den Wahlen werde an die Wähler die Frage gestellt: wollt ihr, daß dieser Fortschritt erhalten bleibe oder daß jene rückläufige Bewegung eintrete, welche auf den stabilen Zustand der 1850er Jahre hinaus wolle. Die liberale Partei sei sich bewußt, daß sie noch am Anfang ihres Programms stehe, sie habe noch einen langen Kampf vor sich für die Gewissensfreiheit des Individuums, für die Freiheit und Selbstbestimmung der Gemeinden und für die Vereinfachung und billigere Gestaltung der Staatsverwaltung. Liberale Männer dürften also nicht die Flügel hängen lassen, denn wer heute die liberale Sache im Stiche lasse, der gebe die Geschichte des Volkes auf. Sei denn jene heillose Reaction nicht mehr in Aller Gedächtniß, welche den Anfang unseres constitutionellen Staatslebens bezeichnet? Redner erinnert nur daran, welche kolossale Mühe und Arbeit es gekostet, mit den Gesetzen dieser Reactionsperiode aufzuräumen. Und gleich der Wählerschaft könne auch die Regierung nicht wünschen, daß die rückschrittliche Bewegung die Majorität in der neuen Volksvertretung erlange. Mit Ausführung der Ideen des Herrn v. Diest-Daber und seiner Genossen würde man Deutschland degradiren, mit solchen Grundsätzen würde Preußen seine Stellung als Führer Deutschlands aufgeben müssen, würde es auch dem übrigen Europa schwerlich imponiren.

Der zweite Abgeordnete, Herr Stadtrath Hirsch, welcher unmittelbar nach Herrn Rickert das Wort ergriff, erklärte, daß er sich in keineswegs günstiger Position befinde. Es sei schwer, nach den vorzüglichen Ausführungen des Herrn Rickert noch die Aufmerksamkeit der Versammlung zu fesseln. Auch stehe ihm nicht wie Herrn Rickert eine lange, sondern erst eine 3monatliche parlamentarische Erfahrung zu Gebote. Als er eingetreten in das Abgeordnetenhaus, hätten die Budgetberathungen nicht mehr auf der Tagesordnung gestanden, wohl aber habe eine solche Fülle von Gesetzgebungsmaterial vorgelegen, daß selbst im Hause sich manche Anspielung über die Dampfkraft, mit der gearbeitet werden müsse, lautbar gemacht habe. Minister Eulenburg habe nicht übel Lust bezeugt, dieser Fülle Einhalt zu thun und bei seinen Reformen „Eile mit Weile" walten zu lassen. Herr Hirsch kann Hrn. Rickert nur darin beistimmen, daß man es bei dieser Gesetzesfülle nur mit Versäumnissen früherer Perioden zu thun habe. Redner bespricht dann eingehender das Competenzgesetz, bei welchem die Regierungs-Vorlage fast ganz umgestaltet wurde, die Städte-Ordnung, die Vorlage wegen Abtretung der Eisenbahnen an das Reich und das Gesetz über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Für das Competenzgesetz habe die Regierung mit Erfolg ihren Einfluß im Herrenhause aufgewendet, bei der Städte-Ordnung, an welche die liberalen Parteien ebenfalls viel Mühe und Arbeit gewendet, sei das leider nicht der Fall gewesen, und habe man deshalb das Gesetz zurücklegen müssen. Bei der Eisenbahn-Vorlage habe es sich nur darum gehandelt, dem Reiche einen maßgebenden Einfluß auf die Bahn-Verwaltungen behufs Schaffung einer einheitlichen Oberaufsicht und Ordnung zu sichern und hätte der Vorlage lediglich ein vorbereitender und einleitender Character beigewohnt; das Gesetz über Besteuerung der Hausirgewerbe, für welches Redner Referent gewesen, habe nach allen Richtungen hin Erleichterungen der Bestimmungen und Ermäßigungen der Abgaben gebracht. Redner verweist schließlich auf das von ihm im Frühjahr bei seiner ersten Aufstellung stellung als Candidat für das Abgeordnetenhaus entwickelte Programm hin, welches sich in folgende fünf Sätze zusammendrängte: 1) Wahrung der constitutionellen Rechte des Volkes, insbesondere in Budget- und Finanzfragen; 2) vollständige Durchbildung und Ausführung der Selbstverwaltung auf den in der neueren Gesetzgebung geschaffenen Grundlagen; 3) Förderung der wirthschaftlichen und Verkehrs-Interessen nach jeder Richtung hin; 4) Entwickelung eines rationellen, von Confessionsschranken befreiten Schulwesens behufs Verbreitung erhöhter Bildung in allen Klassen der Bevölkerung, durch welche auch die wirthschaftliche Wohlfahrt gefördert wird; 5) auf kirchlichem Gebiete Wahrung der Autorität des Staates und der Gesetze gegenüber jeder confessionellen Anmaßung. Redner sei sich bewußt, dieser Richtschnur seines parlamentarischen Wirkens stets treu geblieben zu sein und hoffe sich damit im Einverständnisse mit seinen Wählern befunden zu haben.

Die Berichterstattung beider Abgeordneten wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und nachdem eine an Herrn Hirsch gerichtete Interpellation des Herrn Kranki über dessen Stellung zu dem communalen Wahlrecht der Lehrer von Herrn H. zur Befriedigung des Interpellanten beantwortet, tritt die Versammlung in eine kurze Besprechung über organisatorische Fragen in Bezug auf die Urwahlen ein, welche wir als unwesentlich übergehen. Hr. Benckmann tadelt es dann, daß der liberale Wahl-Verein keinen Candidaten aus der Fortschrittspartei vorgeschlagen habe. Er hätte erwartet, daß man diese Concession seinen Parteigenossen machen würde. Da dies nicht geschehen sei, so wolle er das Versäumte noch jetzt in letzter Stunde nachholen. Er schlage deshalb an Stelle des Herrn Hirsch, Herrn Otto Steffens vor und glaube er die Versicherung abgeben zu können, daß derselbe ein Mandat annehmen würde. A. Klein constatirt zur Widerlegung der von Hrn. Benckmann dem Wahl-Verein gemachten Vorwürfe, daß im Vorstande wie unter den Mitgliedern des Wahl-Vereins die Fortschrittspartei durch eine Anzahl von Personen, die sich zu ihr rechneten, vertreten sei; von keiner Seite seien aber bisher andere Candidaturen vorgeschlagen, als diejenigen drei, welche in der Versammlung des Wahl-Vereins vom 13. October genannt wurden. Hr. Ehlers wünscht,

daß die Versammlung, ehe sie über diesen Punkt weiter debattire, erst dem dritten der vorgeschlagenen Candidaten Gelegenheit gebe, sein Programm zu entwickeln.

Der Vorsitzende erklärt, der liberale Wahlverein habe ohne Widerspruch den Beschluß gefaßt, der heutigen Versammlung und den Wahlmännern die Wiederwahl der Abg. Rickert und Hirsch und die Neuwahl des Commerz- und Admiralitatsrichters Schröder zu empfehlen und ertheilt darauf dem Letzteren das Wort. Derselbe wiederholte die schon am 13. Oktober abgegebene Erklärung, daß er sich, wenn auch mit Ueberwindung schwerer Bedenken, zur Disposition der Wähler stelle, falls ihm die Ehre eines Mandats anvertraut werden sollte. Er erklärte sich offen als ein Anhänger der nationalliberalen Fraction und erläuterte dann in kurzen Worten seinen Standpunkt zu den einzelnen wirthschaftlichen und politischen Fragen. Auf wirthschaftlichem Gebiete falle den Liberalen für die nächste Zeit in der Hauptsache eine defensive Stellung zu; denn die liberalen wirthschaftlichen Grundsätze seien zum großen Theile bereits in der Gesetzgebung eingeführt. Daß die von den Agrariern u. s. w. gegen diese liberale Gesetzgebung unternommenen Angriffe irgend einen nennenswerthen Erfolg haben sollten, könne Redner nicht glauben; dazu wäre erforderlich, daß auch die Regierung für die wirthschaftliche Reaction einträte, die preußische Staatsregierung aber sei von den Tagen Steins bis auf Delbrück in wirthschaftlicher Beziehung fast immer der liberalen Richtung gefolgt, dadurch habe sie große Erfolge erzielt und es sei kaum glaublich, daß sie nun die entgegengesetzte Richtung einschlagen werde. Bald werde der Kampf mit den Schutzzöllnern entbrennen, Redner stimmt ein in den in unserer Provinz einstimmigen Chorus, der den Wegfall der Eisenzölle verlangt, nicht weil er die Klagen der rheinisch-westfälischen Industriellen für unbegründet hält, sondern weil die Interessen der geringen Zahl der Producenten hinter denen der Millionen Consumenten zurücktreten müssen. — Auch was das Verhältniß zwischen Staat und Kirche betreffe, sei die Stellung der Liberalen jetzt defensiv. Die Maigesetze beruhen auf dem Grundsatze, daß die Kirche ein Institut im Staate sei und darum den einheimischen Gesetzen und nicht denen Roms zu folgen habe. Der Staat sei es, der die Grenze zwischen seinem Gebiete und dem der Kirche zu ziehen habe. Redner will den Cultusminister Falk, der einen schweren Stand habe, aus voller Ueberzeugung unterstützen, damit wir vor dem Schlimmsten, einem faulen Frieden, bewahrt bleiben, auf den manche nicht einflußlose Kräfte hinzuwirken suchen. Was die evangelische Kirche betreffe, so sei es heute überflüssig zu erwägen, ob die Synodalordnung nöthig gewesen sei oder nicht, der Redner erklärt, daß er mehr Vertrauen zu den politischen als zu den kirchlichen Organen habe, weil innerhalb der letzteren noch an vielen Stellen eine streitbare Orthodoxie herrsche, die wenn sie zur Herrschaft gelangen sollte, eine höchst unerfreuliche Wirksamkeit entfalten würde. Wenn die Herren, welche hier auf dem „Congreß für innere Mission" tagten, uns ein Gesetz über „Kirchenzucht" geben sollten, welche Gestalt würde dies wohl haben? Denn die Bestimmungen über „Kirchenzucht" fallen unter die, welche in Zukunft von der Generalsynode erlassen werden. Redner will von Kirchenzucht und Kirchenstrafen überhaupt nichts wissen, wie denn schon das unter Friedrich dem Großen ausgearbeitete Allgem. Landrecht nichts davon weiß. Wenn Jemand nach den kirchlichen Gnadenmitteln oder nach einem kirchlichen Begräbniß verlangt, so sollten ihm diese in Liebe gewährt werden, ohne viel danach zu fragen, ob derselbe ein fleißiger Kirchengänger gewesen sei und dergl. — Was das Gebiet der Selbstverwaltung betrifft, so will Redner bestrebt sein, dazu zu helfen, daß die große Reform, welche mit der Kreisordnung glücklich begonnen und auf deren Grund weiter fortgebaut ist, auch glücklich zum Abschluß gebracht werde. Er schließe sich der Aufforderung des Abg. Rickert an, daß die Liberalen nicht müde werden dürfen, bis sie das Gebäude unter Dach und Fach gebracht. Man könne jetzt in der Gesetzgebung ein etwas ruhigeres Tempo einschlagen, aber man dürfe nicht eher ruhen, bis der große Gedanke sich erfüllt habe, daß das Volk seine Angelegenheiten selbst verwaltet. Bei der Berathung der Städteordnung wird Redner dahin zu wirken suchen, daß das, was den Kreisorganen gewährt sei, auch den städtischen Organen zufalle. Wie die Mitglieder des Kreisausschusses dürfen auch die des Magistrats nicht bestätigt werden, wie im Kreise muß auch in der Stadt der Schwerpunkt in die unbesoldeten Ehrenämter gelegt, die Bureaukratie beschränkt werden, die Wählbarkeit muß an viel weniger Bedingungen geknüpft werden, als bisher, auch der Ausschluß der Lehrer u. s. w. von den Ehrenämtern müsse fallen. — Das Unterrichtsgesetz ist fast schon zur Seeschlange geworden, die Verheißung der Verfassung wurde nicht erfüllt, weil es den Raumer und Mühler am guten Willen fehlte. Doch darf nicht geleugnet werden, daß die Erörterung der betr. Fragen ihre ganz besonderen Schwierigkeiten hat. In einzelnen dieser Fragen hat Redner sich bereits ein abgeschlossenes Urtheil gebildet. So ist er nicht dafür, daß den Universitäts-Facultäten das Recht verbleibt, sich selbst zu ergänzen, weil dadurch der Geist der Einseitigkeit gefördert wird, der die jüngeren Elemente nicht aufkommen läßt. Die Schulaufsicht darf nicht der Geistlichkeit, sondern sie muß practisch erfahrenen, pädagogisch gebildeten Männern übertragen werden. Die Errichtung paritätischer Schulen ist wünschenswerth, weil wir nicht ein katholisches, nicht ein evangelisches, sondern ein einheitliches deutsches Volk erziehen wollen. Den Grundsatz, die Realschul-Abiturienten von der Universität gänzlich auszuschließen, hält Redner nicht für richtig. Es hieße den Werth der parlamentarischen Discussion auf Null reduciren, wenn man vom Redner verlangen wollte, daß er auch in allen übrigen Einzelfragen ein im Voraus fertiges Urtheil habe, die Wähler müßten ihm schon vertrauen, daß er die Fähigkeit und den guten Willen habe, sich nach reiflicher Erwägung aller vorgebrachten Gründe für das Beste zu entscheiden. Redner schließt mit dem Rufe nach Einigkeit. Sollte die Versammlung es vorziehen, den dritten Candidaten der Fortschrittspartei zu entnehmen, so werde Redner gern zurücktreten. Gegen einen der bisherigen Abgg. Rickert und Hirsch werde er unter keinen Umständen seine Candidatur aufrecht erhalten. Wolle die Wählerschaft des Danziger Wahlkreises ihm ein Mandat anvertrauen, so verspreche er, daß er nach seinen besten Kräften und im unabhängigen liberalen Sinn die ihm im Abgeordnetenhause entgegentretenden Fragen lösen zu helfen suchen werde.

Der Vorsitzende fragt, ob der von Herrn Benckmann vorgeschlagene Candidat, Herr Otto Steffens, anwesend sei, um sich den Wählern vorzustellen. Derselbe ist jedoch nicht erschienen. Herr Benckmann meint, Herr Steffens sei so bekannt, daß er nicht nöthig hätte, eine Candidatenrede zu halten. Herr Ehlers wendet sich gegen die früheren Ausführungen des Vorredners. Der liberale Wahlverein ist kein nationalliberaler Fractionsverein, er steht offen für alle Nüancen der großen liberalen Partei von der Linken der Fortschrittspartei bis zu denen, welche sich vielleicht eher den Freiconservativen zuneigen würden, aber wegen der gemeinsamen Sache von einer besonderen Parteibildung Abstand nehmen und sich den Liberalen anschließen. Die mit dem liberalen Wahlverein in Beziehung getretenen Fortschrittsmänner seien mehrfach aufgefordert, einen Candidaten ihrer Partei zu nennen, sie hatten aber keinen Candidaten, es ist wenigstens bisher Niemand genannt. Es komme auch weniger auf den Fractionsnamen an. Wenn ein Mann hier vor den Wählern seine Grundsätze, wie die gehörten Candidaten, in liberalem Sinne ausspreche und erkläre, er werde sich der Fortschrittsfraction anschließen, so werde Niemand mit ihm hadern. Es komme nicht auf den Fractionsnamen, sondern auf die Vertretung der gemeinsamen Sache an. Redner bittet um Einigkeit; denn sollte ein Streit unter den Liberalen ausbrechen, so würde dies den nicht zu unterschätzenden Gegnern, den Conservativen wie den Ultramontanen ein herzerfreuendes Schauspiel bieten. — Ob Herr Otto Steffens die Wahl annehme, sei doch nicht sicher, dem Redner gegenüber habe er wenigstens geäußert, er für seine Person wolle nicht candidiren. — Nachdem noch Herr Helm den Standpunkt der Fortschrittspartei charakterisirt, erklärt Herr Benckmann, daß Herr Steffens eine Wahl annehmen würde.

Es wird nun zur Abstimmung über die einzelnen Candidaten geschritten. Gegen die Candidatur des Abg. Rickert erklärt sich Niemand, gegen die des Abg. Hirsch und des Herrn Schröder nur eine verschwindende Minorität, für Herrn Steffens eine kleine Minorität. Die Herren Landesdirector Rickert, Stadtrath Hirsch und Commerz- und Admiralitätsrath Schröder werden demnach als Candidaten der liberalen Partei proclamirt. — Hr. Kloß glaubt, daß Hr. Steffens, wenn er candidiren wolle, doch wenigstens zu der Versammlung hätte erscheinen müssen. Man habe für seine Bereitwilligkeit zur Annahme des Mandats nichts als das ehrenwerthe Wort des Hrn. Benckmann. In welche Lage käme nun aber die Partei, wenn H. Steffens, was nach den Ausführungen des Hrn. Ehlers doch nicht ganz unmöglich sei, diese in letzter Stunde aufgestellte Candidatur ablehne? Die liberale Partei wäre dann einer gefährlichen Zersplitterung ausgesetzt. Er rathe zur Einigkeit und betone, daß zwischen Fortschrittspartei und nationalliberaler Partei heute ja nur ein ganz unwesentlicher Unterschied bestehe. A. Klein erinnert daran, daß hier nicht Fortschrittspartei und nationalliberale Partei tagten, die eine etwa Vorschläge mache, welche die andere ablehne, sondern daß die Einladung zu der Versammlung an alle liberalen Urwähler des Stadt- und Landkreises ergangen sei. Dieser vereinigte liberale Wahlkörper habe hier berathen und beschlossen. Die vorgeschlagenen Candidaten seien mit überwiegendster Majorität acceptirt; es könne also die eine Fraction sich nicht über Majorisirung durch die andere beklagen. Der Mehrheitsbeschluß der souverainen Wählerschaft müsse für alle liberalen Männer bindend sein, ja er persönlich halte dafür, daß derselbe auch für jeden liberalen Wahlmann verpflichtend sei, da er sich anders ein Parteidisciplin nicht denken könne. Auch er räth schließlich dringend zur Einigkeit gegenüber den gemeinschaftlichen Gegnern, welche man nicht unterschätzen möge.

* Der auf der Werft der hiesigen Schiffswerft- und Kesselschmiede-Actien-Anstalt für den Hafen zu Memel erbaute Bugsirdampfer „Achenbach" ist, nachdem eine Veränderung an der Maschine desselben vorgenommen, nunmehr von der Staatsbehörde abgenommen und einstweilen für den Hafendienst in Pillau bestimmt worden, bis die Reparatur des dortigen Bugsirdampfers „Horn" auf dieser Werft beendet sein wird.

* Die am 13. d. Mts. begonnene Ziehung der 4. Klasse 154. Klassen-Lotterie wird am 20. d. M. wegen der an diesem Tage stattfindenden Wahlen ausgesetzt werden.

* Der erste Hauptgewinn der preuß. Lotterie von 450 000 M. fiel gestern auf No. 67 234 nach Köln.

* Im Kaufmännischen Verein erfreute gestern Abend Herr Dr. med. Wallenberg einen recht zahlreichen Zuhörerkreis durch einen Vortrag über „Die Bedeutung der Naturwissenschaften für die allgemeine Bildung". Redner bewies in demselben, daß die Naturwissenschaften, welche erst in der Neuzeit gepflegt werden, zur Hebung der Bildung und der guten Sitte sowohl wie des wahren Glaubens wesentlich beitragen.

‡ [Selonke's Theater.] Das Volksschauspiel „Marie-Anne", welches gestern zur Aufführung gebracht wurde, zeugt von der allgemeinen Beliebtheit, deren sich das Stück noch immer erfreut, denn das Haus war sehr gefüllt. Frl. Orla (Marie) und Hr. Hummel (Bertrand) führten die Hauptpartien vortrefflich durch; beide verstanden es, die Leidenschaften und die Empfindungen, die ihnen hier geboten, wahr und ergreifend darzulegen. Herrn Justmüller (Remy) gelang es, diesen verkommenen Charakter durch eine humorvolle Behandlung annehmbar zu machen. Von den übrigen Darstellern ist noch Frl. Müller (Sophie), Hr. Wagner (Theobald) und Hr. Augustin (Appiani) zu nennen, die ihre Partien befriedigend durchführten. Im Allgemeinen wurde das Stück recht gut aufgenommen, die Hauptdarsteller mehrere Male durch Hervorruf erfreut. — Herr Baroché sang das Finale und Gebet aus der Oper „Stradella" mit vielem Effect; er wurde wiederholt gerufen. — Die Leistungen der Gesellschaft Braatz und Thiele fanden wiederum die beste Aufnahme.

* In der auf der Niederstadt belegenen Husaren-Kaserne ist dieser Tage ein Einbruch verübt worden, wobei mehrere Dutzend Säcke und eine Menge dort lagernder Eisenbahn-Zerstörungswerkzeuge gestohlen wurden. Ein zweiter Einbruch ist gestern Nachts auf der Niederstadt bei einem Fuhrwerksbesitzer verübt worden und sind hierbei verschiedene Gegenstände im Werthe von über 240 M. gestohlen.

* Der Arbeiter D. schlich sich gestern Abend in ein Haus der Wollwebergasse ein und stahl daselbst eine große Entree-Lampe, mit welcher er zu entfliehen suchte. Er wurde aber sofort verfolgt, in der Beutlergasse ergriffen und verhaftet.

** [Polizeibericht.] Verhaftet: Der Arbeiter E. wegen Diebstahls.

Gestohlen: der unverehelichten S. von ihrem fünf Treppen hoch belegenen Boden 1 Handtuch, 1 Hemde gez. M. S., 1 Mädchenhemde und 1 weißer Unterrock; der Trödlerin J. 1 Paar goldene Ohrgehänge, eine Brosche, 1 blauwollene Unterhose, 1 grauwollener Unterrock, 1 Schlips und 1 Kragen; dem Fuhrherrn D. aus seinem Stalle, 2 Brustgeschirre mit Neusilberbeschlag, eine Einspännerleine, eine Zweispännerleine, 2 russische Zäume, 2 neue Tamboure von neuen Jagdwagen, eine Drillichdecke; dem Knecht R. ein Rock, Jacke und Weste; dem Schankwirth G., welcher auf einen Augenblick sein Ladenlokal verlassen hatte, durch mehrere darin befindliche Arbeiter ein blauer Beutel mit 15 M. aus einem Fache des Repositoriums.

Der Tischlergesell M. hat die Bestrafung des Arbeiters M. wegen Sachbeschädigung beantragt.

Gefunden: 1 Portemonnaie mit etwas Geld und einem Uhrschlüssel.

Gestern ist in der Weichsel oberhalb der Vorstadt Neufahrwasser in der Nähe des Mundt'schen Gasthauses mitten im Strome ein Baggerprahm der Kaiserlichen Werft gesunken.

— Im Wahlkreise Stuhm-Marienwerder hat die conservative Partei die Herren: Oberstaatsanwalt Dalcke und Frhr. v. Rosenberg-Hochzehren nunmehr definitiv als Candidaten für die Abgeordnetenwahl aufgestellt.

†† Berent, 18. Oct. Ein Comité, bestehend aus den Herren Kreisgerichtsrath Franke, Rathmann Hahn, Kaufmann Lewy, Rechtsanwalt Neubauer und Postmeister Schmidt, hatte zu gestern die deutschen Urwähler unserer Stadt zur Besprechung über die aufzustellenden Wahlmänner eingeladen. Es waren circa 50 deutsche Urwähler der Einladung gefolgt und es wurde Hr. Franke zum Vorsitzenden der Versammlung erwählt. Die Stadt ist in 4 Wahlbezirke eingetheilt. Es wurden für jeden Wahlbezirk, in denen die 1. und 3. Abtheilung je einen Wahlmann, die 2. Abtheilung je 2 Wahlmänner zu wählen hat, deutsche Candidaten aufgestellt. Ein Vorschlag für die 2. Abtheilung des 2. Wahlbezirkes, einen Compromiß in der Art zu schließen, daß ein Deutscher und ein Pole als Wahlmann aufgestellt werde, wurde abgelehnt. Für die 1. und 2. Abtheilung wird das Durchkommen deutscher Candidaten für gesichert gehalten, in der 3. Abtheilung kann das Resultat schwankend werden.

Graudenz, 18. October. Der „Ges." berichtet heute, daß in dem gegen Hrn. Dr. Kolkmann und seinen Redacteur Hrn. Sander wegen der bekannten Lonker Klosterartikel eingeleiteten Preßprozeß das freisprechende Erkenntniß des Appellationsgerichts zu Marienwerder nun auch vom Obertribunal bestätigt sei.

* Der aus der Pluszynitzer Revolte her bekannte katholische Pfarrer v. Laszewsi, welchem der Aufenthalt in Westpreußen untersagt war, ist vor einigen Tagen in Briesen, wo er sich in der Wohnung des Dekans Polomski aufhielt, verhaftet worden.

Königsberg, 18. October. Die Stadtverordneten-Versammlung bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung auf den Antrag des Magistrats 6500 Mark zur Beendigung der Versuchsarbeiten neben dem Vertheilungsreservoir der städtischen Wasserleitung bei Hardershof nach dem System des Herrn Dr. Matern. — Herr Wöhlisch gab hierauf ein Referat aus dem eingegangenen Verwaltungsberichte der Stadt Burg bei Magdeburg, aus welchem hervorging, daß sich die dortigen Bureaubeamten über Ueberbürdung mit Arbeiten beschweren, darunter Einer, dem es obliegt, „Forst-, Jagd- und Judensachen" zu bearbeiten. Dieser Mittheilung folgte große Heiterkeit seitens der Versammlung ob der originellen Zusammenstellung der Arbeitssachen. — Die hiesige conservative Partei hat als Candidaten für die Abgeordnetenwahl die Herren Schlossermeister Schötel, Andersch-Kalgen und Lübbe-Schugsten aufgestellt. Regierungsrath Marcinowski hatte abgelehnt, da er schon anderweit als conservativer Candidat aufgestellt sei. (K. H. Z.)

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluß des Blattes noch nicht eingetroffen.

Hamburg, 18. October. [Productenmarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine besser. — Roggen loco fest, auf Termine fester. — Weizen pr. October 126℔ 1000 Kilo 202 Br., 201 Gd., pr. November-Dezember 126℔ 205 Br., 204 Gd. — Roggen pr. Octbr. 1000 Kilo 153 Br., 152 Gd., pr. Novbr.-Dezbr. 151½ Br., 150½ Gd. — Hafer ruhig. — Gerste flau. — Rüböl matt, loco 72, pr. October 72, pr. Mai pr. 200 ℔ 72. — Spiritus fest, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. October 38¾, pr. October-Novbr. 38¾, pr. Novbr.-Dezbr. 38¾, pr. April-Mai 39½. Kaffee ruhig, Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 19,70 Br., 19,60 Gd., pr. October 19,50 Gd., pr. October-Dezember 19,90 Gd. — Wetter: Wolkig.

Bremen, 18. Octbr. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 19,25 à 19,30, pr. November 19,30, pr. Dezember 19,50. Alles bezahlt und Käufer. Viel Kauflust, großes Geschäft.

Frankfurt a. M., 18. October. Effecten-Societät. Creditactien 113¼, Franzosen 213¾, Lombarden 58¼, Galizier 159½, Reichsbank —, 1860er Loose 92½, Papierrente 47½, Silberrente 50½, Nationalbank 642. Sehr matt.

Amsterdam, 18. October. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco geschäftslos, auf Termine höher, pr. Novbr. 283, pr. März 303. — Roggen loco und auf Termine höher, pr. October 185, pr. März 198. — Raps loco —, pr. Herbst 421 Fl., pr. April 439 Fl. — Rüböl loco 42¾, pr. Herbst 42⅞, pr. Mai 44. — Prachtwetter.

Wien, 18. October. (Schlußcourse.) Papierrente 62,20, Silberrente 65,65, 1854r Loose 105,00, Nationalb. 834,00, Nordbahn 1755,00, Creditactien 145,00, Franzosen 272,00, Galizier 202,25, Kaschau-Oderberger 88,00, Pardubitzer —, Nordwestbahn 124,00, do. Lit. B. —, London 126,00, Hamburg 61,25, Paris 49,75, Frankfurt 61,25, Amsterdam 104,00, Creditloose 155,50, 1860r Loose 109,20, Lomb. Eisenbahn 75,00, 1864r Loose 129,00, Unionbank 51,50, Anglo-Austria 73,70, Napoleons 10,07½, Dukaten 6,04, Silbercoupons 105,60, Elisabethbahn 137,00, Ungarische Prämienloose 69,00, Deutsche Reichsbanknoten 61,85, Türkische Loose 12,75.

London, 18. October. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen besser, fremder 1—2s höher gehalten. Hafer mitunter ½s höher. Andere Getreidearten fest. — Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18 640, Gerste 9810, Hafer 33 160 Qrts. — Wetter: Schön.

London, 18. October. [Schluß-Course.] Consols 94 1/16. 5 pCt. Italienische Rente 66¼. Lombarden 6 3/16. 3 pCt. Lombarden-Prioritäten alte 9⅛. 3 pCt. Lombarden-Priorit. neue 9⅛. 5 pCt. Russen de 1871 73. 5 pCt. Russen de 1872 73. Silber 52½. Türkische Anleihe de 1865 10⅛. 5 pCt. Türken de 1869 10½. 5 pCt. Vereinigte Staaten pr. 1885 102⅞. 5 pCt. Vereinigte Staaten 5 pCt. fundirte 105. Oesterreichische Silberrente —. Oesterreichische Papierrente —. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 69½. 6 pCt. ungarische Schatzbonds 2. Emission 68½. Spanier 12¾. 6 pCt. Peruaner 16. — Aus der Bank flossen heute 81 000 Pfd. Sterl. Platzdiscont ⅞ pCt.

Liverpool, 18. Oct. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Middling Orleans 6 3/16, middling amerikanische 5 15/16, fair Dhollerah 4 7/16, middl. fair Dhollerah 4¼, good middl. Dhollerah 4⅛, middl. Dhollerah 3⅞, fair Bengal 3⅞, good fair Broach —, new fair Oomra 4⅜, good fair Oomra 4⅝, fair Madras 4⅛, fair Pernam 5¾, fair Smyrna 5, fair Egyptian 6. — Williger. Amerikaner auf Zeit 3/32 billiger.

Paris, 18. Oct. (Schlußbericht.) 3 pCt. Rente 68,00. Anleihe de 1872 103,20. Italienische 5 pCt. Rente 67,00. Ital. Tabaks-Actien —. Italienische Tabaks-Obligationen —. Franzosen 540,00. Lombardische Eisenbahn-Actien 155,00. Lombardische Prioritäten 227,00. Türken de 1865 10,40. Türken de 1869 51,00. Türkenloose 33,50. Credit mobilier 158. Spanier extér. 12¾, do. inter. 11⅜. Suezcanal-Actien 605. Banque ottomane 350. Société générale 505, Crédit foncier 700. Egypter 193. — Wechsel auf London 25,14. — Politische Nachrichten und die in Folge dessen entstehenden unbeglaubigten Gerüchte drückten auf den ganzen Markt.

Paris, 18. Octbr. Productenmarkt. Weizen behpt., pr. October 27,25, pr. November-Dezember 28,00, pr. November-Februar 28,75, pr. Januar-April 29,25. Mehl fest, pr. October 60,50, pr. November-Dezember 61,25, pr. November-Februar 62,50, pr. Januar-April 63,50. Rüböl fest, pr. October 90,50, pr. November-Dezember 91,25, pr. Januar-April 93,00, pr. Mai-August 94,00. Spiritus fest, pr. October 56,50, pr. Januar-April 59,25. — Wetter: Schön.

Antwerpen, 18. Octbr. Getreidemarkt geschäftslos. — Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 48 bez. und Br., pr. October 47½ bez. und Br., pr. November 47½ bez., 48 Br., pr. Dezember 48 Br., pr. Januar 48½ Br. — Weichend.

Newyork, 17. Octbr. (Schlußcourse.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 84 C., Goldagio 9⅞, 5/20 Bonds pr. 1885 113, do. 5 pCt. fundirte 114⅞, 5/20 Bonds pr. 1887 115¾, Eriebahn 10½, Central-Pacific 109¾, Newyork Centralb. 102½. Höchste Notirung des Goldagios 9⅞, niedrigste 9¼. — Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10⅞, do. in New-Orleans 10½. Petroleum in Newyork 26, do. in Philadelphia 26, Mehl 5 D. 40 C., Rother Frühjahrsweizen 1 D. 30 C., Mais (old mixed) 58 C. Zucker (fair refining Muscovados) 9. Kaffee (Rio-) 18⅛, Schmalz (Marke Wilcox) 10¾ C., Speck (short clear) 8¾ C. Getreidefracht 6¼.

Amtliche Notirungen am 19. October.

Weizen loco höher bezahlt, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	130-133℔	210-220 M. Br.	190—213 M. bez.
hochbunt	127-130℔	200-210 M. Br.	
hellbunt	125-130℔	200-208 M. Br.	
bunt	120-129℔	180-200 M. Br.	
roth	128-132℔	195-200 M. Br.	
ordinair	113-125℔	150-175 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 206 M.
Auf Lieferung pr. October-November 206 M. bez. und Br., pr. April-Mai 211 M. Br., 210 M. Gd.

Roggen loco höher, pr. Tonne von 2000 ℔ 167 M. pr. 120℔ bezahlt.
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 160 M.
Auf Lieferung pr. Oct. 158 M. Gd., pr. April-Mai unterpolnischer 160 M. Br., 159 M. Gd.

Erbsen loco pr. Tonne von 2000 ℔ Mittel- 150 M.

Rübsen loco pr. Tonne von 2000 ℔
Regulirungspreis 315 M.

Raps loco pr. Tonne von 2000 ℔
Regulirungspreis 320 M.

Spiritus loco pr. 10,000 pCt. Liter 48 M.

Wechsel- und Fondscourse. London, 8 Tage, 20,40 Gd., do. 3 Mon. 20,34 Br. 4½ pCt. Preuß. Consolidirte Staats-Anleihe 103,30 Gd. 3½ pCt. Preuß. Staats-Schuldscheine 93,20 gem. 3½ pCt. Westpr. Pfandbriefe, ritterschaftlich 82,15 Gd., 4 pCt. do. do. 94,15 Gd., 4½ pCt. do. do. 101,25 Br., 5 pCt. Danziger Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br., 5 pCt. Pommersche Hypotheken-Pfandbriefe 100,00 Br. 5 pCt. Stettiner National-Hypotheken-Pfandbriefe 101,25 Brief.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, den 19. October 1876.

Getreide-Börse. Wetter: klare aber kalte Luft. Wind: Ost.

Weizen loco wurde am heutigen Markte von den Inhabern bedeutend höher gehalten, wodurch einigermaßen die rege Kauflust etwas gedämpft wurde, doch sind zu bessern Preisen als gestern und um 2—3 M. pr. Tonne höher 620 Tonnen verkauft worden. Bezahlt ist für Sommer- 133℔ 198 M., roth 129/30℔ 200 M., blauspitzig 12[illegible]/9℔ 190 M., hellfarbig 127/8, 130/1℔ 205 M., hellbunt 129/30℔ 208, 210 M., hochbunt glasig 131, 133, 134℔ 208, 209, 210 M., extra fein 133/4, 135/6℔ 212, 213 M., alt gut bunt 130℔ 207 M. pr. Tonne. Termine höher gehalten, October-November 206 M. bez. und Br., April-Mai 211 M. Br., 210 M. Gd. Regulirungspreis 205 M.

Roggen loco fest, 127℔ ist mit 174 M. pr. Tonne bezahlt. Umsatz 35 Tonnen. Termine October 158 M. Gd., April-Mai unterpolnischer 160 M. Br., 159 M. Gd. Regulirungspreis 160 M. — Erbsen loco Mittel- mit 150 M. pr. Tonne. — Rübsen loco nicht gehandelt. Regulirungspreis 315 M. — Raps Regulirungspreis 320 M. — Spiritus mit 48 M. gekauft.

Productenmärkte.

Stettin, 18. October. Weizen pr. October-November 206,00 M., pr. April-Mai 215,00 M. — Roggen pr. October-November 150,00 M., pr. November-Dezember 151,00 M., pr. April-Mai 158,00 M. — Rüböl 100 Kilogr. pr. October 69,00 M., pr. October-November 69,00 M., pr. April-Mai 72,00 M. — Spiritus loco 49,80 M., pr. October 49,50 M., pr. October-November 49,50 M., pr. April-Mai 51,80. — Rübsen pr. October 333,00 M. — Petroleum loco 20,00 M. bez., 20,25 M. Br., Regulirungspreis 20,00 M., pr. October-November und November-Dezember 20,00 M. Br. — Schmalz, Wilcox 55,00 bis 54,5 M. bez., andere Marken 54,25 M. bez. — Leinöl, Engl. 28,5 M. bez. — Baumöl, Galipoli 44,5 M. tr. bei Posten bez.

Berlin, 18. October. Weizen loco pr. 1000 Kilogramm 183—225 M. nach Qualität gefordert, pr. October 208,5—209,5 M. bez., pr. October-November 208,5—209,5 M. bez., pr. November-Dezember 208,5—209,5 M. bez., pr. April-Mai 214,00—216,5 M. bez. — Roggen loco pr. 1000 Kilogr. 150—186 M. nach Qual. gef., pr. October 154,00—154,5 M. bez., pr. October-November 154,00 154,5 M. bez., pr. November-Dezember 154,5—155,00 M. bez., pr. Dezember-Januar — M. bez., pr. April-Mai 160,00—161,5 M. bez. — Gerste loco pr. 1000 Kilogr. 135—180 M. n. Qual. gef. — Hafer loco pr. 1000 Kilogr. 130—170 M. nach Qual. gef. — Erbsen loco pr. 1000 Kilogr. Kochwaare 169-200 M. nach Qual., Futterwaare 160—168 M. nach Qual. bez. — Weizenmehl pr. 100 Kilogr. brutto unversteuert incl. Sack No. 0 28,50—26,50 M., No. 0 und 1 26,50, bis 25,00 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilogr. unverst. incl. Sack No. 0 25,00—23,50 M. No. 0 u. 1 23,25—22,25 M., pr. October 22,60-55 M. bez., pr. October-November 22,50 M. bez., pr. Nov.-Dez. 22,45—35—40 M. bez., pr. Dezember-Januar 22,40—45 M. bez., pr. Januar-Februar 22,40-45 M. bez., pr. Februar-März 22,40—45 M. bezahlt, pr. April-Mai 22,55—22,50 M. bez. — Leinöl 100 Kilogr. ohne Faß 58,5 M. bez. — Rüböl pr. 100 Kilogr. loco ohne Faß 68,5 M. bez., pr. October 68,5—6 M. bez., pr. October-November 68,5—68,6 M. bez., pr. November-Dezember 68,7—69,1 M. bez., pr. Dez.-Januar — M. bez., pr. April-Mai 71,1—71,5 M. bez. — Petroleum raff. pr. 100 Kilogr. mit Faß loco 44,00 M. bez. pr. October 40,5 M. bez., pr. October-November 40,5-40,2-5 M. bez., pr. November-Dezember 40,5—2—5 M. bez., pr. Dezember-Januar 40,5—3—5 M. bezahlt, pr. Januar-Februar — M. bez. — Spiritus pr. 100 Liter à 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 50,5—3 M. bez., ab Speicher — M. bez., mit Faß pr. October 50,5—3—7 M. bez., pr. October-November 50,5-3-7 M. bez., pr. November-Dezember 50,5—4—7 M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez. pr. April-Mai 53,5—52,9 bis 53,1 M. bezahlt.

Schiffs-Listen.

Neufahrwasser, 18. Oct. Wind OSO.
Gesegelt: Nordstjernen, Johannessen, Drontheim, Getreide.
Angekommen: Usko, Räpset, Reval, Ballast.
Die in No. 9999 d. Ztg. aufgeführten 2 Schiffe: Hosiannah und Lunde sind gesegelt.
19. October. Wind: SO.
Angekommen: Anvers (SD.), Cattoor, Antwerpen (via Stettin), Güter.
Gesegelt: Stormbird, Kräft, Kiel; Anne Catharine, Larsen, Aarhuus; Bürgermeister Petersen, Permin, Lowestoft; sämmtlich mit Holz.
Nichts in Sicht.

Thorn, 18. Oct. Wasserstand 2 Fuß 4 Zoll. Wind: O. Wetter: bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen.

Octbr.	Stunde	Barometer-Stand in Par. Linien	Thermometer im Freien.	Wind und Wetter.
19	8	341,56	+ 3,8	OSO., frisch, hell, bewölkt.
	12	341,97	+ 3,8	OSO., frisch hell, bewölkt.
		341,28		

Berliner Fondsbörse vom 18. October 1876.

Unsere heutige Börse hatte, was den Coursdruck der Speculationssachen anbelangt, fast etwas Panikartiges, wogegen die immerhin maßvollere Stärke des Angebots contrastirte. Es wurden indeß alle Effectengattungen in Mitleidenschaft gezogen und selbst unsere heimischen Consols hielten sich nicht auf letztem Stande. Die internationalen Speculationspapiere waren stark weichend. Oest. Creditactien büßten ca. 12 M., Oesterr. Staatsbahn 13 M. am Course ein. Lombarden hielten sich verhältnißmäßig besser und haben nur einen Rückgang von ca. 6 M. zu verzeichnen. Oesterr. Nebenbahnen waren sehr gedrückt, zwar blieb das Angebot in diesen Werthen mäßig, es überstieg jedoch trotzdem nicht unbedeutend die Kauflust oder Aufnahmefähigkeit des Marktes. Galizier wichen fast 4 pCt. Auch die localen Speculationseffecten gingen mit ziemlichen Courseinbußen aus dem heutigen Verkehr hervor, ohne sich aber am Geschäfte in irgendwie hervorragender Weise zu betheiligen. Das Hauptinteresse zogen lediglich die ausländischen Staats-Anleihen auf sich. Hier bezifferten sich die Rückgänge auf 2—4 pCt., 60er Loose büßten sogar 5 pCt. ein. Italiener und Ungarische Schatzscheine weichend, ganz besonders aber russische Werthe in allen Kategorien niedriger. Russisch-englische Anleihen ließen 4 pCt. nach. Prämien-Anleihen und Bodencredit erfuhren einen geringeren Rückgang. Preußische Fonds angeboten, büßten ebenfalls in den Notirungen ein. Andere deutsche Staatspapiere sehr still und wenig fest. Sämmtliche Eisenbahnprioritäten bewegten sich in weichender Richtung, da für alle Devisen das Angebot stark vorwaltete. Russische Prioritäten verloren durchschnittlich 4 pCt. am Course. Auf dem Eisenbahnactienmarkte blieb der Verkehr sehr gering. Die rheinisch westfälischen Bankactien notiren zwar niedriger, schließen jedoch mit Geldcoursen. Stettiner, Potsdamer, Anhalter und Halberstädter sehr matt, besonders letztere beiden stark angeboten. Leichte Bahnactien meist geschäftslos. Industriepapiere meist ohne Umsatz. Wechsel belebter.

† Zinsen vom Staate garantirt.

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl	4½	[illegible]3,50
Pr. Staats-Anl.	4	96,50
Staats-Schuldsch.	3½	93,50
Pr. Präm.-A.1855	3½	137,90
[illegible]ndsch. C.-Pfdbr.	4	95
Ostpreuß. Pfdbr.	3½	84
do. do.	4	94
do do	4½	101,20
Pomm. Pfandbr.	3½	82,90
do do.	4	94,80
do. do.	4½	102
Posensche neue do	4	94,25
Westpreuß. Pfdbr	3½	82,50
do. do.	4	94,50
do do	4½	100,80
do. II. Ser.	5	—
do. do.	4½	—
do. neue	4	—
do. do.	4½	—
do. do. II. S.	4½	100,80
Pomm. Rentenbr.	4	—
Posensche do.	4	94,90
Preußische do.	4	—
Bad. Präm.-Anl. von 1867	4	117,50
Bayer. Präm.-A.	4	119,75
Braunsch.Pr.-A.		84
Köln.-Md.Pr.-S.	3½	108
Hmbg.50rtl. Loose	3	173,25
Lübecker Pr.-Anl.	3½	171,50
Oldenburg. Loose	3	135,75

Hypotheken-Pfandbr.

Unk Pfd Br.H.-Bk.	5	100,50
Bod.Crd.Hyp.-Pfd.	5	102,60
Cent. Bd Cr.-Pfdr.	5	106
do. do	4½	98,25
Kündb do.	4½	100,10
Danz. Hyp.-Pfdbr	5	—
Goth. Präm.-Pfb	5	108,80
Pomm. Hyp. Pfdr.		
I u.II Em.rkz.110	5	101,25
III. Em. rkz. 100	5	100
Stett Nat.Hyp.-P	5	101,25

Ausländische Fonds.

Oesterr. Pap.-Rente	4⅕	49
do. Silber-Rente	4⅕	52,50
do. Loose 1854	4	92,50
do. Cred.-L.v.1858		294,50
do. Loose v. 1860	5	94,75
do. Loose v. 1864		249,80
Ungar. Eisenb.-An.	5	64,25
Ungarische Loose	5	137
do. Schatzanw. II.	6	75,10
Russ.-Egl.Anl.1822	5	79,25
do. do. Anl. 1859	3	—
do. do. Anl. 1862	5	81
do. do. von 1870	5	—
do. do. von 1871	5	81
do. do. von 1872	5	81
do. do. von 1873	5	—
do.Consf.Obl.1875.	4½	75,50
Russ. Stiegl. 5.Anl.	5	—
do. Stiegl. 6. Anl.	5	84,50
do. Präm.-A.1864	5	139,75
do do von 1866	5	137
Russ.-Bod. Crd.-Pfd.	5	79,50
Russ. Central do.	5	—
Russ.-Pol. Schatzobl.	4	75
Pol. Pfd. S.-R.	5	71,50
do. Liquidat.-Br.	4	60
Amerik. Anl. p. 1885	6	98,80
do. 5% Anl.	5	102,50
do. do. p. 1881	6	104,60
Newyork.Stadt-A.	7	104,80
do. Gold-A.	6	102,60
Italienische Rente	5	69,50
do. Tabaks-Act.	6	—
do. Tabaks-Obl.	6	101
Französische Rente	5	—
Raab-Graz.-A.	4	65
Rumänische Anleihe	8	88
Türk. Anl. v. 1865	5	9,40
Türk. 6% Anleihe	6	—
Türk. Eisenb.-Loose	3	26

Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prioritäts-Actien.

		Div.1875
Aachen-Mastricht	18	1
Bergisch-Märk.	78,25	4
Berlin-Anhalt	102	8
Berlin-Dresden	21,25	—
Berlin-Görlitz	25,25	0
do. St.-Pr.	65,25	5
Berlin-Hamburg	178,25	10
Berlin. Nordbahn	—	0
Berl.-Psd.-Magd.	76,25	3
Berlin-Stettin	118	9
Bresl.Schw.-Fbg.	67,10	5⅔
Köln-Minden	100,30	4⅔
do. Lit B.	100,25	5
Crf.-Kr.-Kempen	0,70	0
do. St.-Pr.	1,70	0
Halle-Soran-Gub.	7	0
do. St.-Pr.	18,75	0
Hannover-Altenbek	12	0
do. St.-Pr.	30	0
Märkisch-Posen	14,90	0
do. St.-Pr.	66	3½
Magdeb.-Halberst.	102	6
do. Stpr.	66,50	3½
do. C.	92	5
Magdeb.-Leipzig	262,50	14
do Lit. B.	98,60	4
Märk.-Posen St.-P.	—	0
Niederschl.-Märk.	—	4
Nordhausen-Erfurt	28,10	4
do. St.-Pr.	33	—
Oberschl. A. u. C.	134	10½
do. Lit. B.	124	10½
Ostpreuß. Südbahn	29	0
do. St.-Pr.	70,50	5
Rechte Oderuferb.	106	6⅓
do. St.-Pr.	109,50	6⅓
Rheinische	112,25	8
Rhein-Nahe	8	0
† Stargard-Posen	101,25	4½
Thüringer	130	8½
Tilsit-Insterburg	—	0
Weimar-Gera gar.	48,50	2¼
do. St.-Pr.	—	2¼
Brest-Grajewo	14,75	—
Brest-Kiew	—	0
Galizier	82,25	6
Gotthardbahn	48,50	6
† Kronpr. Rud.-B.	40	5
Lüttich-Limburg	15,10	0
Oester.-Franz. St.	438	6⅓
† do. Nordwestb.	200	5
do. B. junge	55	5
† Reichenb.Pardb.	46,50	4½
Rumänische Bahn	12,75	2½
do. St.-Pr.	59,75	8
† Russ. Staatsb.	105,40	5,92
Südösterr. Lomb.	121	0
Schweiz. Unionb.	6,10	0
do Westb.	17	0
Warschau-Wien	191	7½

Ausländische Prioritäts-Obligationen.

Gotthard-Bahn	5	64
Kaschau-Oderbg.	5	51,75
Kronpr. Rud.-B.	5	60
† Oest.-Fr. Staatsb.	3	314
† Südöst. B. Lomb.	3	229
† Südöst. 5% Oblg.	5	75,50
† Oester. Nordwestb.	5	70
do. do. B Elbethal	5	58
Ungar. Nordostb.	5	48,75
† Ungar. Ostbahn	5	46,75
Brest-Grajewo	5	55
† Chark.-Azow rtl.	5	—
† Kursk-Charkow	5	83,50
† Kursk-Kiew	5	84
† Mosco-Rjäsan	5	96
† Mosco-Smolensk	5	83,40
Rybinsk-Bologoye	5	76,25
Rjäsan-Kozlow	5	85
† Warschau-Teresp.	5	83,75

Bank- und Industrieactien.

		Div.1875
Berliner Bank	88,75	0
Berl. Bankverein	85	0
Berl. Cassen-Ver.	157	17,7
Berl. Com. (Sec.)	61	2½
Berl. Handels-G.	68,25	5
Berl. Wechslerbk.	—	0
Bresl. Discontob.	67,75	2
Centrlb. f. Bauten	12,90	0
Ctrb. f. Ind. u. Hnd	62,60	0
Danz. Bankver. Rf	1.4	0
DanzigerPrivatb.	116,50	7
Darmst. Bank	102,75	6
DeutscheGenoss.B	90	5½
Deutsche Bank	80,50	3
Detsch. Eff. u. W.	03	6¼
DeutscheReichs-Bk	155	0
Deutsche Unionb.	80,50	0
Disc.-Command.	111,25	7
Gew.-Br. Schuster	—	0
Int. Handelsges.	—	0
Königsb. Ver.-B.	81,50	5¼
Meining. Creditb.	71,50	3
NorddeutscheBank	126	6¾
Oest. Credit.-Anst.	—	5
Prß. Boden-Cred.	95,50	8
Pr. Cent. Bd.-Cr.	116,50	9½
Preuß. Crd.-Anst.	—	0
Pom. Rittersch.-B.	129,75	9½
Schaffhaus. Bnkv.	62,50	5½
Schles. Bankverein	—	6
Stett. Vereinsbank	67	0
Ver.-Bk. Quistorp	3,10	0
Actien d. Colonia	6353	55
BauvereinPassage	18,50	1
Berl. Bau-B.-Bk.	51	0
Brl. Centralstraße	32,20	2½
Deutsche Baugef.	48	0
do. Eisnb.-B.-G.	8	0
do. Reichs.Cont.	65,50	
A. B. Omnibusg.	69,50	7
Ctr. F. f. Baumat.	6,50	0
C.-A.f.G. u. W.-A.	2.75	0
Nordd. Pap.-Fabr	—	0
WöhlertMaschinf.	11,50	—
Westend-Gesellf.	3,20	0
Baltischer Lloyd	40,75	0
Königsbg. Vulkan	—	0
Münnich, Ch. M.	0 10	0
Obrschl. Eisnb.-B.	28,25	0

Berg- u. Hütten-Gesellsch.

		Div.1875
Dortm.Union Bgb.	8,50	0
Königs- u. Laurah.	69,25	—
Stollberg, Zink	18,25	1⅓
do. St.-Pr.	85,90	6⅓
Victoria-Hütte	30	—

Wechsel-Cours v. 18. Oct.

Amsterdam	8 Tg	3	169,20
do.	2Mn	3	168,50
London	8 Tg	2	20,40
do.	3Mn	2	20,34
Paris	8 Tg	3	81,20
Belg. Bankpl.	8 Tg	2½	81
do.	2Mn	2½	80,70
Wien	8 Tg	4½	160,20
do.	2Mn	4½	159,20
Petersburg	3Wch	7	255
do.	3Mn	7	249
Warschau	8 Tg	7	256,40

Sorten.

Dukaten	9,78
Sovereigns	20,34
20-Francs-St.	16,24
Imperials pr. 500 Gr.	16,72
Dollar	—
Fremde Banknoten	—
Franz. Banknoten	81,10
Oesterreichische Bankn.	160,65
do. Silbergulden	169,25
Russische Banknoten	262

Verantwortlicher Redacteur: H. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Kafemann Danzig.